

vPE WertpapierhandelsBank AG

München

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2011

DER VPE WERTPAPIERHANDELSBANK AG, MÜNCHEN

1. MÄRKTE

2011 war für die Finanzdienstleistungsbranche wieder ein schwieriges Jahr. Die am Jahresanfang bestehenden Hoffnungen auf einen selbsttragenden globalen Aufschwung haben sich im vergangenen Jahr nicht erfüllt. So hat sich das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern, aber auch in den Schwellenländern, im Verlauf von 2011 weiter merklich abgeschwächt. Die globale Wachstumsabschwächung geht vor allem auf die folgenden Faktoren zurück: Die weltweit ausgelaufenen fiskal- und geldpolitischen Impulse, die tief greifenden Konsolidierungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor vieler Länder der Eurozone, die Konsolidierungsmaßnahmen der privaten Haushalte, die höheren Energie- und Nahrungsmittelpreise und die massiv gestiegene Unsicherheit im Zuge der Verschärfung der Schuldenkrise in den Peripherieländern der Eurozone.

Die Eskalation der Eurokrise hat im vergangenen Jahr zu dramatischen Erhöhungen der Risikoaufschläge für Staatsanleihen der Peripherieländer, zeitweise drastischen Einbrüchen an den Aktienmärkten und einem merklichen Anstieg der Volatilität und Unsicherheit geführt. Konsequenterweise waren die Anleger wenig an neuen Anlagen in Aktien und Fonds interessiert. Investments in Anleihen wurden ebenfalls gemieden, so dass mangels Alternativen die Bereitschaft der Kunden für spekulative Investments deutlich zugenommen hat.

Erschwerend für die Finanzdienstleister waren auch die Folgen, die die weltweite Finanzkrise bei den Anlegern nachhaltig hinterlassen hat. Nach einer repräsentativen Studie von Batten & Company, eine der führenden Strategieberatungen für Marketing und Vertrieb, ist das Kundenvertrauen gegenüber Finanzdienstleistern in 2011 auf dem Tiefpunkt angelangt. Dabei gibt es klare Verlierer, aber auch Gewinner. So mussten Öffentlich-Rechtliche Banken, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen Vertrauensverluste hinnehmen. Universal- und Großbanken schaffen es nicht, ihr nach der Finanzkrise verlorenes Vertrauen wieder zu erlangen. Entgegen dem Trend konnten jedoch kleinere Privatbanken und unabhängige Finanzdienstleister kontinuierlich Vertrauensgewinne erzielen. Das Ergebnis dieser Studie kann die vPE WertpapierhandelsBank AG auf eindrucksvolle Weise bestätigen, da unser Kundenstamm sich um 2.100 Kunden auf 11.200 erhöht hat, was einem Zuwachs von 23 % entspricht.

Auch in 2011 wirkten die umfangreichen aufsichtsrechtlichen und Verbraucherschützenden Neuerungen für die Finanzdienstleistungsbranche belastend auf das operative Geschäft bzw. die Umsatz unabhängige Kostenstruktur.

Hier sind natürlich die kleineren Institute besonders betroffen, da für sie die gleichen Anforderungen gelten wie für die Großen.

2. VPE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Das Geschäftsjahr 2011 war von folgenden Ereignissen und Einflussfaktoren geprägt:

- Globale Wachstumsabschwächung
- a Europäische Schuldenkrise
- Schwieriges Umfeld für Finanzdienstleister
- Ausbau Finanzkommissionsgeschäft
- Optimierung der vPE Datenbank (vormals Admin/Cockpit) in Bezug auf das Risiko-Kontrollsystem

- Kundeninteresse an spekulativen Investments
- Umsatzsteigerung
- Starker Kundenzuwachs
- Jahresgewinn

Vor dem Hintergrund dieser wesentlichen Einflussfaktoren stiegen die Provisionserträge von TEUR 6.921 um TEUR 740 bzw. 10,70 % auf TEUR 7.661.

Die Provisionsaufwendungen erhöhten sich von TEUR 5.468 um TEUR 673 bzw. 12,31 % auf TEUR 6.141.

Damit verbesserte sich der Provisionsüberschuss leicht von TEUR 1.453 auf TEUR 1.520, was einem Zuwachs von TEUR 67 bzw. 4,61 % entspricht.

Die Provisionserträge und -aufwendungen im Einzelnen nach Geschäftsfeldern.

Im Geschäftsfeld Anlage- und Abschlussvermittlung, bei dem die Gesellschaft mit über § 2 Abs. 10 KWG angebotenen Vermittlern zusammenarbeitet, kam es zu unwesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Provisionserträge gingen von TEUR 4.070 um TEUR 32 bzw. 0,79 % auf TEUR 4.038 zurück. Grundsätzlich waren wir mit der Entwicklung des Geschäftsfeldes zufrieden. Das Provisionsergebnis belief sich auf TEUR 795, also nur TEUR 1 bzw. 0,13 % weniger als in 2010.

Im Geschäftsfeld Finanzdienstleister, bei dem die Gesellschaft anderen bei der BaFin zugelassenen Finanzdienstleistungsinstituten ihre Plattform zur Abwicklung derer eigenen Kundengeschäfte zur Verfügung stellt, kam es zu keinen Provisionseinnahmen. Im Vorjahr wurden Erträge in Höhe von TEUR 94 erzielt. Die Zusammenarbeit mit dem einzigen in diesem Bereich kooperierenden Finanzdienstleister wurde bereits in 2010 beendet.

Das Geschäftsfeld Online-Trading/Derivate-Handel im Rahmen der Anlage- und Abschlussvermittlung wurde in den letzten Jahren von einem umsatzstarken Finanzvermittler geprägt. Zu Beginn des Jahres 2010 löste der Finanzvermittler die Geschäftsbeziehung mit uns auf, so dass in 2010 die Erträge auf TEUR 18 zusammenbrachen. In 2011 kam es zu einer leichten Verbesserung auf TEUR 41. Das Provisionsergebnis betrug TEUR 5.

Im Bereich Vermögensverwaltung mit Aktien und Fonds erhöhten sich die Provisionserträge von TEUR 124 um TEUR 121 bzw. 97,58 % auf TEUR 245. Die hohe Volatilität der Aktienbörsen in 2011 und der damit verbundene vermehrte Handlungsbedarf bei Käufen und Verkäufen führte zu dieser positiven Entwicklung. Das Provisionsergebnis betrug TEUR 141.

Die Erträge, die die vPE WertpapierhandelsBank AG mit ihren eigenen Mitarbeitern in der Anlage- und Abschlussvermittlung erzielt, reduzierten sich von TEUR 64 um TEUR 20 auf TEUR 44. Das hohe Arbeitsaufkommen aus dem täglichen Geschäftsbetrieb lässt hier nicht mehr zu.

Der Geschäftsbereich Asset Management konnte das starke Plus des Vorjahres nicht halten. Das schwierige Marktumfeld führte zu defensiven Strategien bei den bestehenden Depots und die durch die Eurokrise entstandene Verunsicherung hielt die meisten Anleger von neuen Investments ab. Die Provisionserträge gingen von TEUR 1.253 um TEUR 144 bzw. 11,51 % auf TEUR 1.109 zurück. Der Provisionsüberschuss betrug TEUR 128.

Hier arbeiten wir mit ehemaligen Mitarbeitern von US-Brokern und deutschen Banken im Rahmen von Haftungsübernahmen zusammen und betreuen wohlhabende Privatkunden und institutionelle Investoren.

Der in Zusammenarbeit mit DJE Investment S.A., Luxemburg, (KARG) und der DZ Bank Intl. S.A., Luxemburg, (Depotbank) aufgelegte Aktienfonds nach Luxemburger Recht mit dem Namen LuxTopic VPE Pentagon wurde auch in 2011 nicht aktiv vertrieben, allerdings im Rahmen der VPE Pentagon Vermögensverwaltung in Einzelkonten in den entsprechenden Depots mit aufgenommen. Die Provisionsüberschüsse beliefen sich auf TEUR 20. Die Gesellschaft fungierte als Fondsmanager. Am 15.12.2011 wurde der Fonds auf Verlangen der KAG aufgelöst und der Liquidationserlös entsprechend an die Anteilhaber des Investmentfonds ausbezahlt. Zum 15.12.2011 wurde der Fondsmanagementvertrag ebenfalls aufgelöst.

Das Geschäftsfeld Finanzkommissionsgeschäft verzeichnete eine beeindruckende Steigerung. Im Rahmen des Finanzkommissionsgeschäftes bietet die Gesellschaft ihren Kunden vorrangig den Forex-/Devisenhandel an und vereinzelt auch den Handel mit CFDs. Die Provisionserträge stiegen von TEUR 1.257 auf TEUR 2.165. Das ist ein Zuwachs von TEUR 908 bzw. 72,19 %. Die Provisionsaufwendungen lagen bei TEUR 1.778. Entsprechend betrug der Provisionsüberschuss TEUR 387. Das Interesse der Anleger am Forex-Handel ist mangels Investmentalternativen sehr groß.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen TEUR 202 gegenüber TEUR 62 im Vorjahr. Die Gesellschaft profitierte hier in Höhe von TEUR 123 von der Freigabe einer Sicherheitshinterlegung beim Amtsgericht in München verbunden mit der Auflösung der gebildeten Rückstellung, die teilweise in 2008 und 2009 erfolgte. In einem Rechtsstreit wurde die Gesellschaft gesamtschuldnerisch mit Pershing LLC. verurteilt, an den Kläger TEUR 135 zu bezahlen. Nachdem der Kläger Pershing LLC. endgültig in Anspruch genommen hat, wurde die Sicherheitsleistung an die Gesellschaft zurückgegeben. Die weiteren sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich in erster Linie aus Wechselkursdifferenzen gegenüber dem US -Dollar.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich von TEUR 1.045 um TEUR 454 oder 43,44 % auf TEUR 1.499.

Dabei erhöhten sich insbesondere die Aufwendungen für Löhne und Gehälter um TEUR 394 bzw. 95,86 % auf TEUR 805. Anders als im Vorjahr erfolgte ein geringerer Gehaltsverzicht des Managements.

Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung betragen TEUR 52; ein leichter Rückgang um TEUR 6.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf TEUR 642 und verzeichneten somit einen Anstieg von TEUR 66 oder 11,46 % gegenüber TEUR 576 in 2010.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Die Aufwendungen für Büromiete erhöhten sich um TEUR 43 auf TEUR 103. Die Gesellschaft hat Mitte April 2011 neue und erheblich größere Büroräume an derselben Adresse bezogen. Dieses wurde notwendig, um dem jetzigen Wachstum und vor allem auch den Expansionsplänen gerecht zu werden.

Weitere notwendige Verwaltungsaufwendungen wie Buchführung, IT/EDV Wartung, Internet, Porto, Beiträge, Bewirtung, Bürounterhalt, Telefon, Fax, Börsengebühren, Versicherungen, Aufsichtsratsvergütungen etc. waren mit TEUR 416 um TEUR 12 oder 2,97 % höher als im Vorjahr. Der Plan des Managements, diese Kosten ungefähr auf Vorjahresniveau zu halten, wurde somit erfolgreich umgesetzt.

Abschluss- und Prüfungskosten der vPE waren mit TEUR 89 um TEUR 7 etwas niedriger als im Vorjahr. Weitere Einsparungen sind hier nicht möglich wegen der doppelten Jahresabschlussprüfungspflicht nach HGB (Deutschland) und US-GAAP (USA).

Die Rechts- und Beratungskosten erhöhten sich von TEUR 16 um TEUR 18 auf TEUR 34. Diese Zunahme ist durch die seit November 2011 laufende Betriebsprüfung der Gesellschaft für die Jahre 2006 bis 2010 entstanden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Gegenüber dem Vorjahr hatten die Verteidigungs- und Prozesskosten einen erheblich geringeren Einfluss auf das Geschäftsjahr 2011. Unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen, beliefen sie sich auf TEUR 73, was einem Rückgang um TEUR 357 entspricht. Davon entfielen TEUR 33 auf Verteidigungskosten, um vor Gericht Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. TEUR 40 auf außergerichtliche Vergleiche, um potentielle zukünftige Schäden von der Gesellschaft abzuwenden.

Die Abschreibungen erhöhten sich von TEUR 45 um TEUR 9 auf TEUR 54. Für die Webseite sind hier TEUR 22 und für Büromöbel TEUR 19 enthalten.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von TEUR 66. Im Vorjahr 2010 wurde ein Jahresfehlbetrag von TEUR 30 ausgewiesen.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag geprägt von Forderungen an Kreditinstitute über TEUR 903 (entsprechen 13,0 % der Bilanzsumme), die ganz überwiegend auf liquide Mittel in Form von Kontokorrent- und Sparguthaben entfallen, sowie von Forderungen an Kunden über TEUR 351 (entsprechen 5,1 % der Bilanzsumme) aufgrund von Provisionsforderungen und Sicherheitsleistungen. Treuhandforderungen bestehen in Höhe von TEUR 5.461 (entsprechen 78,8 % der Bilanzsumme).

Die Passivseite der Bilanz ist geprägt von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden über TEUR 266 (entsprechen 3,8 % der Bilanzsumme), überwiegend aus noch abzuführenden Provisionen, Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 5.461 (entsprechen 78,8 % der Bilanzsumme), Rückstellungen über TEUR 265 (entsprechen 3,8 % der Bilanzsumme) insbesondere für Prozesskosten und dem Eigenkapital in Höhe von TEUR 914 (entsprechen 13,2 % der Bilanzsumme).

Die dargelegte Ertrags-/Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist unter Berücksichtigung der wesentlichen Einflussfaktoren als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Zum 31.12.2011 waren 47 gebundene Agenten, vgV, (Haftungsübernahme nach § 2 Absatz 10 KWG) für die Gesellschaft tätig. Davon 1 im Bereich der Vermittlung von Vermögensverwaltungsangeboten, 40 im Bereich Anlage- und Abschlussvermittlung und 6 im Bereich Asset Management. Innerhalb des Jahres kam es zu 29 Neuanmeldungen und 41 Abmeldungen. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Anzahl der Vermittler damit um 12 gebundene Agenten.

Sitz der Gesellschaft ist München, von wo aus die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit betreibt. Eine unselbstständige Zweigstelle besteht in Berlin, in der die Gesellschaft einem Teil der vgVs in Berlin einen ausgestatteten Arbeitsplatz für Repräsentationszwecke zur Verfügung stellt.

3. RISIKOBERICHT

Die vPE WertpapierhandelsBank AG sieht sich als Wertpapierhandelsbank bei ihrer Geschäftstätigkeit Marktpreisrisiken, Adressrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken, insbesondere in Form von Betriebsrisiken, Personalrisiken, Rechtsrisiken und Outsourcing-Risiken gegenüber.

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft als solches, das schwerpunktmäßig die Finanzdienstleistung in volatileren Kapitalanlagen und die Zusammenarbeit mit Finanzvermittlern vorsieht, ist, wie bereits die Vergangenheit gezeigt hat, mit erheblichen strategischen Risiken verbunden. Diese konkretisieren sich in einer Veränderung der Rechtsnormen in Form von neuen oder geänderten Gesetzen oder aber auch einer anderen Anwendung bestehender Normen durch die Rechtsprechung oder Aufsicht. Auch der Wegfall von umsatzstarken Finanzvermittlern kann erheblichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung haben.

Im Hinblick auf diese strategischen Risiken werden von der Geschäftsleitung laufend Möglichkeiten zur Veränderung des Geschäftsmodells bis hin zur Beantragung weiterer Erlaubnisbereiche analysiert. Im Zuge dessen besitzt die Gesellschaft in Amerika auch die Mitgliedschaft bei der Finanzmarktaufsicht FINRA (Financial Industry Regulatory Authority), um ein größtmögliches Maß an Flexibilität für ihr Dienstleistungsangebot an den amerikanischen Aktienmärkten zu haben. Nach intensiver Vorbereitung und Planung in 2011 hat die vPE WertpapierhandelsBank AG Anfang Januar 2012 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht den Antrag auf Erlaubnisserweiterung für das Kredit-, Einlagen- und Depotgeschäft gestellt. Dieser Schritt soll nicht nur mehr Wachstum und Ertrag für die Gesellschaft bringen, sondern auch mehr Unabhängigkeit und Flexibilität. Dieser Schritt ist auch ein Resultat der Finanz- und Bankenkrise, das uns zeigt, dass die Gesellschaft über alle Lizenzen verfügen sollte, die für unser Geschäftsmodell wichtig sind und wir nicht abhängig sind von dem Wohl unserer für unsere Kunden kontoführenden Banken und Broker.

Die Aktie der Gesellschaft notiert im Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse und im Xetra. Auf Grund des niedrigen Marktsegmentes und der sich daraus ergebenden geringen Anforderungen sieht die Gesellschaft nur geringe Risiken. Ein Reputationsverlust könnte allerdings bei einem starken Kursrückgang erfolgen. In diesem Fall wären auch Kapitalerhöhungen schwierig. Die Gesellschaft bewertet die Risiken laufend im monatlichen MaRisk-Reporting.

Auch das Geschäftsfeld Finanzkommissionsgeschäft (Bankgeschäft gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG) zielt darauf ab, strategische Risiken zu mindern. In dieser Kombination hat sich die vPE WertpapierhandelsBank AG ein Alleinstellungsmerkmal in ihrem Bereich in Deutschland verschafft. Die breite Angebotspalette, die intensive Betreuung und die innovative IT-Anbindung für die Finanzvermittler sind eine solide Basis, um bestehende umsatzstarke und somit bedeutende Geschäftsverbindungen zu halten. Kommt es dennoch zur Beendigung einer umsatzstarken Partnerschaft, ist die Gesellschaft in der Lage, wie auch in der Vergangenheit bewiesen, diese durch die Gewinnung von neuen Finanzvermittlern zu kompensieren.

Der Umgang mit Marktpreisrisiken ist die zentrale Kompetenz der vPE WertpapierhandelsBank AG. Marktpreisrisiken wirken insbesondere auf die von der Gesellschaft als Finanzportfolioverwalter oder in der Anlageberatung betreuten Vermögen. Mittelbar können sich daraus aber auch Ergebnisrisiken für die vPE WertpapierhandelsBank AG ergeben, z.B. aufgrund einer performance-bedingten Volumenreduzierung oder eines Abzugs der Vermögen oder auch nur durch einen Wegfall der Gewinnbeteiligungsvergütungen. Von Bedeutung sind auch Währungsrisiken aus dem US-Dollar. Diese wirken unmittelbar auf den Provisionsanspruch aus in die USA vermittelten Brokerumsätzen als auch auf Performanceansprüche auf in US-Dollar geführte Vermögen der Kunden. Die Gesellschaft versucht diese Risiken durch einen zeitnahen Umtausch von verdienten Provisionen in Euro zu begrenzen. In 2011 hat der festere US-Dollar eher positive Effekte für die vPE gehabt.

Der Umfang der Bereitschaft zur Risikoinkaufnahme bei den Marktpreisrisiken spiegelt sich in den von uns angebotenen Risikostrategien wider. Wir unterteilen dabei in 7 Risikoklassen für unsere Kunden: Diese gehen von sicherheitsbezogen bis zu hoch spekulativen Investments und beginnen bei Investmentfonds und enden bei Futures, Devisen und Optionen. Entscheidend für die Anlagen der Kunden sind dann die persönlichen Vermögensverhältnisse, die Anlageerfahrung und die Kenntnisse der Funktionsweise und des Risikos in den einzelnen Finanzinstrumenten. Generell werden sowohl bei der Beratung als auch bei der Vermögensverwaltung in den einzelnen Risikoklassen alle Formen der Investmentanalyse berücksichtigt. Hierbei werden externe Quellen als auch ausschließlich für den eigenen Gebrauch selbstgestellte Analysen für die Entscheidungsfindung herangezogen und die jeweiligen Investments täglich überwacht.

Adressrisiken spielen nach unserer Beurteilung für unsere Gesellschaft unmittelbar und mittelbar nur eine untergeordnete Bedeutung. Wir arbeiten nur mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen zusammen. Unsere liquiden Mittel, soweit es sich nicht um Provisionsforderungen oder Sicherheitshinterlegungen handelt, werden überwiegend bei der Deutsche Bank AG gehalten.

Liquiditätsrisiken sind bei der Gesellschaft begrenzt, da die monatlichen Provisionsforderungen in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf die bei der Deutschen Bank AG geführten Konten eingehen. Zum Aufstellungszeitpunkt des Lageberichts waren alle wesentlichen Forderungen aus Provisionsansprüchen bezahlt.

Bezüglich der Bonitätsrisiken im Sinne von Emittenten-Risiken bei den von uns betreuten Vermögen ist mit gleicher Begründung wie bei den Marktpreisrisiken wiederum nur ein mittelbares Risiko für die vPE WertpapierhandelsBank AG zu sehen. Das Bonitätsrisiko wird dabei im Rahmen der Einzeltitelauswahl auf Basis öffentlich zugänglicher Bonitätseinschätzungen berücksichtigt.

Operationelle Risiken sehen wir für die vPE WertpapierhandelsBank AG insbesondere in der EDV-Sicherheit, bei den Rechtsrisiken und im Personalbereich, wobei dieser Bereich neben den festangestellten Mitarbeitern auch die Finanzvermittler umfasst.

Zur Datenerhaltung und deren Sicherung besteht ein vollumfassendes Konzept. Tägliche, wöchentliche und monatliche Sicherungen garantieren im Störfall die Wiederherstellung in kürzester Zeit. Für Hardwaredefekte besteht ein Service-Vertrag, der vier Stunden Reaktionszeit an 365 Tagen im Jahr garantiert. Zusätzlich besteht ein IT-Service-Vertrag, der bei Bedarf sofortige Hilfe liefert. Wir haben ein entsprechendes Notfallkonzept erstellt, das sowohl bei EDV- als auch bei Telekommunikations- und Stromausfällen die fortlaufende Funktionsfähigkeit des Geschäftsbetriebes gewährleistet; auch außerhalb der Büroräume im Falle eines Totalausfalls der Stromversorgung des Stadtteils. Bei der EDV haben wir in 2011 keine Störungen/Ausfälle gehabt. Verbesserungen wurden wie folgt vorgenommen:

Zum einen wurde die gesamte IT-Verkabelung durch den Umzug in die neuen Büroräume auf CAT 6 umgestellt. Dabei wurde auch die Telefonanlage auf eine VoIP-Anlage der Telekom mit eigenem Netz und eigenständigen Switches eingerichtet. Weiter wurden die eigenen Server auf eine VMware Umgebung virtualisiert. Zum anderen wurden die bestehenden USV-Einheiten durch neue und leistungsfähigere USV ersetzt.

Die Personalrisiken bei den festangestellten Mitarbeitern beurteilen wir als überschaubar, da einerseits der Vorstand in alle wesentlichen Abläufe unmittelbar einbezogen ist und andererseits die Räumlichkeiten der Gesellschaft eine unmittelbare Überwachung der Mitarbeiter im Tagesgeschäft stützen.

Für die Führung des Vertriebs haben wir neben Auswahlkriterien, die über eine Anbindung als gebundener Agent entscheiden, und Schulungseinheiten für den Vertrieb umfangreiches Dokumentationsmaterial vorgesehen, das durch den Kunden vor Aufnahme der Geschäftsbeziehung zusammen mit dem Vermittler auszufüllen ist und Aufschluss darüber gibt, ob der Berater seinen Aufklärungs- und Beratungspflichten nachgekommen ist. Diese Unterlagen werden durch den Vorstand selbst auf Vollständigkeit und Plausibilität hin beurteilt, bevor es zur Finanzdienstleistung mit dem Kunden kommt. Darüber hinaus sind die Vorstände in die Abwicklung der Aufträge unmittelbar eingebunden und halten auch die Entwicklung der Kundenportfolios im Blick. Die Compliance-Stelle erfüllt darüber hinaus eine wesentliche Kontrollfunktion. Sie nimmt ihre Aufgaben dauerhaft und unabhängig von Geschäfts-, Handels- und Abwicklungsabteilungen wahr. Die Compliance-Stelle ist unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt und handelt im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung weisungsunabhängig. Die Compliance-Stelle nimmt weitere Funktionen im Zusammenhang mit den gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und organisatorischen Anforderungen bei der Gesellschaft wahr. So ist der Compliance-Officer auch für den Kontakt zur BaFin, zu den Strafverfolgungsbehörden sowie zu den externen Prüfern der Gesellschaft verantwortlich. Die Compliance-Funktion hat gemäß § 33 Abs. 1 Satz 2 WpHG bzw. § 12 Abs. 3 WpDVerOV die Verantwortung für die Überwachung und regelmäßige Bewertung der Einhaltung sämtlicher Vorschriften des WpHG. Dazu gehört gemäß § 12 WpDVerOV zusätzlich auch die Beratungs- und Unterstützungsfunktion für Mitarbeiter im laufenden Geschäftsbetrieb, insbesondere der gebundenen Vermittler. In 2011 haben umfangreiche Nachschulungen stattgefunden. Seit 2012 ist die Compliance-Funktion bei dem neuen dritten Vorstand der Gesellschaft angesiedelt. Zusätzlich wurde eine weitere qualifizierte Mitarbeiterin eingestellt, die den Compliance-Officer ausschließlich in diesem Aufgabenbereich unterstützt.

Wir sind überzeugt, mit diesen Maßnahmen eine maximale Vorsorge zur Begrenzung von Rechtsrisiken aus diesem Bereich für die Gesellschaft geschaffen zu haben.

In 2011 hat die Gesellschaft für sich und ihre gebundenen Vermittler wieder eine neue Vermögensschadhaftpflichtversicherung mit der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft abgeschlossen. Hierbei werden Schäden bis zu TEUR 1.000 pro Versicherungsfall und TEUR 2.000 pro Versicherungsjahr abgedeckt.

Ein grundsätzliches Rechtsrisiko lässt sich im Hinblick auf die immer wieder offensichtlich einseitig anlegerfreundliche Rechtsprechung bei den von uns angebotenen Finanzdienstleistungen nicht ausschließen, wenn unsere Gesellschaft auch wiederholt bei offensichtlich ungerechtfertigten Klagen von ehemaligen Kunden zuletzt gerichtlich obsiegt hat. Bezüglich endgültiger Urteile, anhängigen Klagen, Klageandrohungen und Revisionsklagen sind wir mit unseren Rückstellungen aus den vorherigen Jahren den Einschätzungen und Beurteilungen des die Gesellschaft vertretenden Rechtsbeistandes gefolgt. Nach der aktuellen Beurteilung unseres Rechtsbeistandes zum 31.12.2011 für die offenen Klagen und Beschwerden sind für das Jahr 2011 keine weiteren Rückstellungen zu bilden. Das Management ist dieser Ansicht gefolgt.

4. NACHTRAGSBERICHT

Anfang Januar 2012 hat die Gesellschaft den Erlaubnisantrag auf Erweiterung der bestehenden Erlaubnis nach § 32 KWG für die nachfolgend aufgeführten Bankgeschäfte eingereicht:

- Einlagengeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 1 KWG
- Kreditgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 KWG
- Depotgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 5 KWG

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

5. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG

Mit dem Abklingen der Griechenlandkrise beginnt die Neuorientierung der Kapitalmärkte. An den Aktienmärkten ist dies bereits seit Anfang des Jahres deutlich erkennbar. Die Angst vor einer Pleite Griechenlands ist ein wirkliches Phänomen. Es gibt Wissenschaftler und Politiker, die daraus einen echten Zusammenbruch der EU-Zone befürchten. Natürlich ist das realitätsfremd, aber es zeigt, wie weit die Psychologie über den Fakten rangiert.

Die Eurokrise wird sich in den kommenden Monaten entschärfen und die Eurozone in ihrer derzeitigen Zusammensetzung bestehen bleiben. Dies wird einerseits durch vertrauensstiftende Maßnahmen der Politik, u.a. durch überzeugende Konsolidierungsprogramme, tief greifende Reformen, nationale Schuldenbremsen, stärkere Durchgriffsregelungen der Gemeinschaft auf die nationalen Haushalte sowie automatische Verfahren und Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt erfolgen, andererseits aber auch - ergänzend - durch die Europäische Zentralbank, beispielsweise durch Käufe von Staatsanleihen am Sekundärmarkt.

Ab Sommer 2012 geht es um die neuen Perspektiven, die an den Aktienmärkten wahrscheinlich zu neuen historischen Höchstwerten führen werden. Dafür sprechen die meisten Frühindikatoren der realen Wirtschaft als Basis für die Finanztrends. Diesmal geht es um den Gleichschritt fast aller Volkswirtschaften und Länder, ähnlich wie ab Anfang der 90er Jahre. Die Zinsen bleiben extrem niedrig, die Inflation moderat bei ca. 1,5 % in Deutschland und der Euro wird tendenziell fester.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Finanzdienstleister befinden sich nach mühsamen Jahren am Wendepunkt. Die erwarteten volkswirtschaftlichen und aktienbörsenbedingten Entwicklungen helfen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite wurde das Risikoprofil aller Banken deutlich reduziert, eine stärkere Eigenkapitalbasis wurde geschaffen, aufsichtsrechtliche Neuerungen in die Geschäftsprozesse eingearbeitet. Für kleinere Institute ist dies mit relativ höheren Kosten verbunden, aber auf Grund ihrer Flexibilität auch leichter umsetzbar. Nach vielen Jahren der Konsolidierung in unserer Branche, geht der Trend eher wieder in die Richtung eine Vielzahl von Instituten am Markt zu haben. Auch der Anleger/Kunde wird in diesem Umfeld sein eher defensives Verhalten ändern, was zu mehr Einnahmen bei den Instituten führt.

Unsere Ziele für das Jahr 2011 haben wir im Wesentlichen erfüllt.

Diese waren eine Erhöhung des Kundenstammes auf 11.500 (erreicht wurden 11.200, eine Steigerung von 23 %) und eine Umsatz- und Gewinnsteigerung . von 5-15 % (Umsatzsteigerung von 11,0 % und ein Jahresgewinn in Höhe von TEUR 66).

Der Antrag für die Erlaubnisweiterung für das Kredit-, Einlagen- und Depotgeschäft wurde intensiv vorbereitet.

Unsere Ziele für 2012 sind:

- Erweiterung der Dienstleistungen um weitere Bankgeschäfte in Verbindung mit neuen Investoren
- Anbindung neuer qualitativ hochwertiger Finanzberater und Finanzdienstleister
- Erhöhung des Kundenbestandes von 11.200 auf 13.300
- Umsatzsteigerung von 5-15 %

Anfang Januar 2012 hat die Gesellschaft den Erlaubnisantrag auf Erweiterung der bestehenden Erlaubnis nach § 32 KWG für die nachfolgend aufgeführten Bankgeschäfte eingereicht:

- Einlagengeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 1 KWG
- Kreditgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 KWG
- Depotgeschäft nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 5 KWG

Die Vorstellungsgespräche bezüglich der neuen zwei Vorstände für das Kredit, Depot- und Einlagengeschäft mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sind Anfang Februar 2012 konstruktiv verlaufen.

Derzeit prüft der Bankenverband seit dem 12.03.2012 im Auftrag des Einlagensicherungsfonds die bisherigen und geplanten Tätigkeiten der Gesellschaft.

Der Antrag auf eine Vollbanklizenz steht in 2012 absolut im Mittelpunkt. Wie schnell und ob die Erlaubnis erteilt wird, ist nicht wirklich einschätzbar. Daher sind auch Planungen in Bezug auf Kosten und Ertrag der Gesellschaft schwierig.

Die mit der Erlaubnisweiterung notwendige Kapitalerhöhung der Gesellschaft um TEUR 5.000 wird von Investoren getragen, die jeweils weniger als 10 % an der Gesellschaft zeichnen.

Auf Grund der Erlaubniserweiterung können die bestehenden Geschäftsbereiche deutlich verbessert werden. Zusätzlich können neue Dienstleistungen angeboten werden, weswegen wir grundsätzlich von einer signifikanten Steigerung der Erträge ausgehen.

Zu kurzfristigen Belastungen im Gewinn wird es auf jeden Fall kommen, wenn die Erlaubnis erteilt wird, da dann Investitionen/Kosten in Personal und EDV erfolgen, die nicht sofort durch Mehreinnahmen auf Grund der Erlaubniserweiterung kompensiert werden können.

Die neue Regulierung des freien Vertriebs bzw. der geschlossenen Fonds eröffnet einen potentiellen Markt für uns. Die davon betroffenen Finanzberater müssen sich früher oder später an ein Institut binden.

Aufgrund unserer zahlreichen Möglichkeiten und weltweiten Kooperationen mit Banken und Brokern bietet unsere Plattform eine erstklassige Möglichkeit für diese freien Finanzberater.

Als Bank - mit Kredit-, Einlagen- und Depotgeschäft - ist unsere Ausgangsposition in unserem Geschäftsmodell noch erheblich besser.

Für 2012 erwartet die Gesellschaft mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften.

München, den 4. Mai 2012

Lars Lorenz Ewaldsen
Marquard Freiherr von Pfetten-Arbach

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	Vorjahr EUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		804,30	386,83
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	336.780,60		562.334,44
b) andere Forderungen	566.123,21		179.108,09
		902.903,81	741.442,53
4. Forderungen an Kunden		351.389,05	758.370,42
9. Treuhandvermögen		5.461.207,12	4.138.299,27
11. Immaterielle Anlagewerte			
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		30.497,00	49.285,00
12. Sachanlagen		93.445,50	51.687,00
14. Sonstige Vermögensgegenstände		88.160,53	183.809,80
15. Rechnungsabgrenzungsposten		3.919,62	3.219,04
		6.932.326,93	5.926.499,89

Passiva

	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	Vorjahr EUR
	31.12.2011 EUR	31.12.2011 EUR	Vorjahr EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		200,52	99,20
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig		265.429,70	532.463,18
4. Treuhandverbindlichkeiten		5.461.207,12	4.138.299,27
5. Sonstige Verbindlichkeiten		26.034,33	18.477,27
7. Rückstellungen			
c) andere Rückstellungen		264.638,42	388.898,20
12. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	767.500,00		767.500,00
b) Kapitalrücklage	337.500,00		337.500,00
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	66.400,76		66.400,76
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	-256.583,92		-323.137,99
		914.816,84	848.262,77
		6.932.326,93	5.926.499,89

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011 EUR	2011 EUR	Vorjahr EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.315,81		1.557,67
2. Zinsaufwendungen	-92,75		-9,80
		5.223,06	1.547,87
5. Provisionserträge	7.661.497,05		6.921.230,96
6. Provisionsaufwendungen	-6.141.522,00		-5.467.556,87
		1.519.975,05	1.453.674,09

	2011 EUR	2011 EUR	Vorjahr EUR
8. Sonstige betriebliche Erträge		201.891,38	62.135,88
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	-804.708,96		-410.767,94
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-52.342,24		-58.075,99
darunter für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)			
	-857.051,20		-468.843,93
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-641.634,85		-576.482,61
		-1.498.686,05	-1.045.326,54
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		-54.315,60	-44.761,70
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-106.726,77	-457.314,33
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		67.361,07	-30.044,73
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter			
Posten 12 ausgewiesen		-807,00	262,00
27. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		66.554,07	-29.782,73
28. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr		-323.137,99	-293.355,26
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)		-256.583,92	-323.137,99

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

I Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zur Offenlegung

Die vPE WertpapierhandelsBank AG, München, hat als Wertpapierhandelsbank und Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 3d Satz 3 KWG auf ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 grundsätzlich die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Nach §§ 3401 Abs. 4 i.V.m. 325 Abs. 1 HGB besteht für die Gesellschaft die Verpflichtung, den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Bericht des Aufsichtsrates und den Bestätigungsvermerk beim elektronischen Bundesanzeiger einzureichen.

II Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der allgemeinen und besonderen Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften und unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute, unter Beachtung der Bestimmungen des Aktiengesetzes sowie der spezifischen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB bilanziert. Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert waren nicht erforderlich.

Die immateriellen Anlagewerte wurden mit den Anschaffungskosten bewertet und linear auf vier Jahre abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Anlagezugänge werden unter Berücksichtigung der geschätzten Nutzungsdauer vorwiegend linear abgeschrieben. Die Zugänge der geringwertigen Wirtschaftsgüter bis Netto EUR 410,00 wurden im Zugangsjahr 2011 in voller Höhe abgeschrieben. Bei geringwertigen Wirtschaftsgütern i.S.d. § 6 Abs. 2a EStG wurde in den Vorjahren ein Sammelposten gebildet. Die Abschreibung des Sammelpostens erfolgte im Anschaffungsjahr sowie in den folgenden vier Jahren mit jeweils einem Fünftel.

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten			Abschreibungen EUR
	01.01.2011 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	
I. Immaterielle Anlagewerte				
Ähnliche Rechte und Werte	80.696,00			53.316,00
Software	302,58	3.531,15		716,73
	80.998,58	3.531,15	0,00	54.032,73
II. Sachanlagen				
Bauten auf fremden Grundstück	9.420,07	3.249,47		7.222,54
Büroeinrichtung	19.866,94	56.825,97		17.171,91
Hardware	65.424,67	6.828,49	1.218,49	58.035,17
Übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.293,11	806,72		552,83
GWG	0,00	7.092,30	7.092,30	
GWG Sammelposten	29.429,84			15.498,84
	125.434,63	74.802,95	8.310,79	98.481,29
	206.433,21	78.334,10	8.310,79	152.514,02
	Buchwert 31.12.2011 EUR	Buchwert 31.12.2010 EUR	Abschreibungen des Geschäfts- jahres EUR	
I. Immaterielle Anlagewerte				
Ähnliche Rechte und Werte		27.380,00	49.285,00	21.905,00
Software		3.117,00	0,00	414,15
		30.497,00	49.285,00	22.319,15
II. Sachanlagen				
Bauten auf fremden Grundstück		5.447,00	3.217,00	1.019,47
Büroeinrichtung		59.521,00	7.668,50	4.973,47
Hardware		12.999,50	19.997,50	12.778,49
Übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.547,00	969,00	228,72
GWG		0,00	0,00	7.092,30
GWG Sammelposten		13.931,00	19.835,00	5.904,00
		93.445,50	51.687,00	31.996,45

	Buchwert 31.12.2011 EUR	Buchwert 31.12.2010 EUR	Abschreibungen des Geschäfts- jahres EUR
	123.942,50	100.972,00	54.315,60

Bei den Vermögensgegenständen und Schulden aus Treuhandgeschäften handelt es sich um Treuhandforderungen sowie um Treuhandverbindlichkeiten aus Finanzkommissionsgeschäften.

Die Treuhandforderungen gliedern sich wie folgt auf:

Forderungen an Kreditinstitute (täglich fällig)		EUR	3.787.473,29
Forderungen an Kunden		EUR	1.673.733,83
Summe		EUR	5.461.207,12

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber Kunden sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich wie folgt auf:

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		EUR	5.461.207,12
------------------------------------	--	-----	--------------

Die anderen Rückstellungen erfassen alle ungewissen Verpflichtungen, die zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung erkennbar waren. Diese entwickelten sich wie folgt:

	Stand zum 01.01.2011 EUR	Auflösung EUR	Verbrauch EUR	Zuführung EUR	Stand zum 31.12.2011 EUR
Prozesskosten	321.098,20	122.979,00	11.864,78		186.254,42
Tantieme	0,00			22.184,00	22.184,00
Jahresabschlussprüfung	42.000,00		42.000,00	39.000,00	39.000,00
Jahresabschlusskosten	12.200,00	1.500,00	10.700,00	10.700,00	10.700,00
Systemkosten	10.000,00	2.524,87	7.475,13		0,00
Innenrevision	3.600,00		3.600,00	6.500,00	6.500,00
	388.898,20	127.003,87	75.639,91	78.384,00	264.638,42

III Sonstige Angaben zum Jahresabschluss

Die Fristengliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß § 9 RechKredV stellt sich wie folgt dar:

	Andere Forderungen an Kre- ditinstitute EUR	Forderungen an Kunden EUR	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbar- ter Laufzeit oder Kündigungs- frist EUR	Andere Verbindlichkeiten ge- genüber Kunden mit vereinbar- ter Laufzeit oder Kündigungs- frist EUR
Bis drei Monate	566.123,21	283.476,04	0,00	0,00

	Andere Forderungen an Kreditinstitute EUR	Forderungen an Kunden EUR	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist EUR	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist EUR
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00
Unbestimmte Laufzeit		67.913,01		

Sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten sind unbesichert.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zum 31. Dezember 2011 nominal EUR 767.500,00; eingeteilt in 767.500 Stückaktien ohne Nennbetrag.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 08. Dezember 2008 ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 30. November 2013 gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmal oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 365.000,00 zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann (genehmigtes Kapital).

Das verbleibende genehmigte Kapital beträgt zum 31. Dezember 2011 noch EUR 327.500,00.

Zum 31. Dezember 2011 bestanden in Höhe von EUR 1.093.303,27 auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände (davon Treuhandforderungen in Höhe von EUR 732.593,09) sowie in Höhe von EUR 782.485,45 auf Fremdwährung lautende Schulden (davon Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von EUR 732.593,09).

Die Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung erfolgte mit den von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Devisenkursen per 31. Dezember 2011.

Eventualverbindlichkeiten ist die Gesellschaft nicht eingegangen.

Nach § 2 Abs. 10 KWG waren unter der Haftung der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 47 Vermittler tätig und bei der BaFin gemeldet. Dieses sind 12 Haftungsnehmer weniger als zum 31. Dezember 2010.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB aus Mietverträgen für Büro- und Lagerräume in Höhe von TEUR 406 und mit einer Restlaufzeit von 52 Monaten.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 66.554,07. Im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 29.782,73 ausgewiesen.

Es ergibt sich unter Berücksichtigung eines Verlustvortrags in Höhe von EUR 323.137,99 ein Bilanzverlust von EUR 256.583,92.

Die Gliederung der Erträge nach Ländern gemäß § 34 Abs. 2 RechKredV stellt sich wie folgt dar:

	Deutschland	
	2011	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Zinserträge	5	2
Provisionserträge	7.661	6.921
Sonstige betriebliche Erträge	202	62
	7.868	6.985

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf EUR 201.891,38, davon aus Währungsumrechnung EUR 51.438,50 (im Vorjahr TEUR 62, davon Währungsumrechnung TEUR 34).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf EUR 106.726,77, davon aus Währungsumrechnung EUR 28.514,98 (im Vorjahr TEUR 457, davon Währungsumrechnung TEUR 23).

Auf das Geschäftsjahr 2011 entfallende Abschlussprüferhonorare betragen (netto) EUR 71.447,25.

Diese gliedern sich wie folgt:

- a) Abschlussprüfungsleistungen EUR 39.016,66

davon für das Vorjahr EUR 2.016,66

b) andere Bestätigungsleistungen

EUR 32.430,59

davon für das Vorjahr EUR 430,59

IV Mitarbeiter

Im Jahr 2011 wurden durchschnittlich 6 Mitarbeiter (ohne Vorstand) beschäftigt.

V Organe

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören folgende Mitglieder an:

Herr Jörg Sklebitz, Rechtsanwalt (Vorsitzender)

Herr Roderich Schaetze, Rechtsanwalt/Steuerberater/Wirtschaftsprüfer (stellvertr. Vorsitzender)

Herr Markus W. Wenner, Rechtsanwalt

Herr Jörg Sklebitz erhielt 2011 € 5.000,00 Aufsichtsratsvergütung.

Herr Markus W. Wenner erhielt 2011 € 4.000,00 Aufsichtsratsvergütung.

Herr Roderich Schaetze erhielt im Geschäftsjahr 2011 keine Bezüge.

Dem Vorstand gehören folgende Mitglieder an:

Herr Marquard Freiherr v. Pfetten-Arnach, Rechtsanwalt

Herr Lars Lorenz Ewaldsen, Diplom-Kaufmann

Auf die Angabe der Organbezüge wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

VI Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2011 besitzt die Gesellschaft keine Beteiligungen.

München, 4. Mai 2012

vPE WertpapierhandelsBank AG

Lars Lorenz Ewaldsen

Marquard Freiherr v. Pfetten-Arnach

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der vPE WertpapierhandelsBank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der vPE WertpapierhandelsBank AG, München, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 4. Mai 2012

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Knop, Wirtschaftsprüfer

Greißl, Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2011 der vPE WertpapierhandelsBank AG

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

der Aufsichtsrat erstattet über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2011 wie folgt Bericht:

Der Aufsichtsrat hat auch im Geschäftsjahr 2011 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat den Vorstand sorgfältig und regelmäßig überwacht. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Unternehmensplanung und strategische Gesamtplanung, die operative Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie alle wichtigen Geschäftsvorfälle der Gesellschaft regelmäßig schriftlich und mündlich berichtet. Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft sind mit dem Aufsichtsrat besprochen und ihm zur Zustimmung vorgelegt worden.

Im Geschäftsjahr 2011 fanden Aufsichtsratssitzungen am 30. Mai, am 10. November sowie am 15. Dezember statt. Alle Sitzungen erfolgten unter Teilnahme aller Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus informierte sich der Aufsichtsrat, insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende, auch außerhalb der Sitzungen in persönlichen Besprechungen über die aktuelle Unternehmensentwicklung. Der Aufsichtsrat forderte den Vorstand auf, in regelmäßigen, vierteljährlichen Abständen auf Basis der monatlich erstellten Auswertungen der Finanzbuchhaltung über die wesentlichen finanziellen Eckdaten der Gesellschaft - die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie der Entwicklung der Kundenbeziehungen und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung - zu berichten. Der Aufsichtsrat prüfte diese Eckdaten jeweils unter Heranziehung von Vorjahresvergleichen hinsichtlich ihrer zeitlichen Entwicklung, Plausibilität und Branchenüblichkeit. Die Risikolage der Gesellschaft wurde vom Aufsichtsrat insbesondere auf Grundlage des ihm vom Vorstand vierteljährlich zugeleiteten MaRisk-Reporting beurteilt. Alle wesentlichen Fragen betreffend den Geschäftsverlauf, die Unternehmensplanung, die strategische Weiterentwicklung und das Risikomanagement wurden in den persönlichen Besprechungen beantwortet und erläutert.

In der Aufsichtsratssitzung vom 30. Mai 2011 wurden der Bericht der Innenrevision 2010 besprochen sowie der Jahresabschluss 2010 erörtert und vom Aufsichtsrat festgestellt. Darüber hinaus wurde die strategische und operative Planung der Verwaltung bezüglich des Geschäftsjahres 2011 eingehend diskutiert. Der Aufsichtsrat prüfte die Planung des Vorstands unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Vertriebs- und Organisationsstruktur der Gesellschaft sowie unter Beachtung der nationalen und internationalen Markt- und Wettbewerbsentwicklung.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung vom 30. Mai 2011 war außerdem der Beschluss über die Festlegung der Tagesordnung für die Hauptversammlung am 28. Juli 2011.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung vom 10. November 2011 war der Vorstandsvertrag mit Herrn Dr. Martin Mörike, der erst wirksam zum Vorstand bestellt wird, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Erlaubnis zur Vollbanklizenz erteilt.

In der Sitzung vom 15. Dezember 2011 wurde die aktuelle geschäftliche Entwicklung anhand der Geschäftszahlen zum 30. November 2011 erörtert und die sich daraus ergebende Prognose des Gesamtjahresergebnisses 2011. Weiterer Tagesordnungspunkt war das Ergebnis einer Sonderprüfung und die Verstärkung der Compliance-Abteilung. Ebenso wurde im Hinblick auf die beantragte Vollbanklizenz die Erweiterung des Vorstands diskutiert.

Der Aufsichtsrat legte vor diesem Hintergrund auch im Geschäftsjahr 2011 wesentliches Augenmerk auf die regelmäßige Einsichtnahme in den wirtschaftlich und rechtlich relevanten Schriftverkehr der Gesellschaft und ließ sich regelmäßig über das Risikomanagement berichten.

Das Geschäftsjahr 2011 der vPE Wertpapierhandelsbank AG war weltwirtschaftlich geprägt durch eine globale Abschwächung des Wachstums und die Europäische Schuldenkrise und bot daher ein schwieriges Umfeld für Finanzdienstleister. Dennoch ist es der Gesellschaft gelungen, das Kundeninteresse an spekulativen Investments dazu zu nutzen, um eine deutliche Umsatzerhöhung sowie einen starken Kundenzuwachs zu erreichen und das Geschäftsjahr mit einem Gewinn abzuschließen. In qualitativer Hinsicht gelang eine Verbesserung des Risiko-Kontrollsystems, u.a. durch Optimierung der Datenbanken.

Die Provisionserträge stiegen von T € 6.921 um T € 740 auf T € 7.661, ebenso erhöhte sich der Provisionsüberschuss leicht von T € 1.453 um T € 67 auf T € 1.520. Die Geschäftsfelder haben sich dabei unterschiedlich entwickelt. Hervorzuheben ist das Geschäftsfeld Finanzkommissionsgeschäft (FOREX-Handel), das einen Zuwachs von 72,19% bot. Ebenso entwickelte sich der Bereich Vermögensverwaltung erfreulich. Der Jahresüberschuss 2011 betrug T € 67 nach einem Verlust im Vorjahr in Höhe von T € 30. Das handelsbilanzielle Eigenkapital stieg damit entsprechend von T € 848 auf T € 915.

Wie im Vorjahr ließ sich der Aufsichtsrat in mehreren Besprechungen über die Entwicklung in den einzelnen Geschäftsfeldern sowie die Maßnahmen der Gesellschaft informieren und beurteilte diese unter Beachtung der allgemeinen Markttrends durch Heranziehung von Vorjahresvergleichen.

Im Geschäftsjahr 2011 bestanden keine Ausschüsse im Aufsichtsrat. Es wurden auch keine Ausschüsse neu gebildet.

Der vom Vorstand nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss 2011 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurden von der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft. Der Abschlussprüfer erteilte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Dem Aufsichtsrat wurde rechtzeitig vor der die Bilanz feststellenden Aufsichtsratssitzung vom 23. Mai 2012 der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 einschließlich des Lageberichts zur Verfügung gestellt. Dieser Jahresabschluss wurde auf der Bilanzaufsichtsratssitzung gemeinsam mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer, der telefonisch zugeschaltet war, erörtert. Vom Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen und keine Einwände erhoben. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 171 AktG den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und den Jahresabschluss der Gesellschaft gebilligt. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihren fachlichen und persönlichen Einsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 Dank und Anerkennung aus.

München, den 23.05.2012

Für den Aufsichtsrat

Jörg Sklebitz, Vorsitzender des Aufsichtsrats